

STUTTGARTER ZEITUNG

Nr. 194 | 34. Woche | 73. Jahrgang | E 4029 | F

Mittwoch, 23. August 2017

1,90 €



Bernhard Langer wird 60

Die ewige Golf-Ikone

Seine Kollegen nennen ihn „den Beständigen“. Je älter der Profi wird, desto besser spielt er. SEITE 33

Der Nachwuchs aus der Ferne



Arbeit Kleine Betriebe sind genauso bereit, Flüchtlingen eine Chance zu geben, wie die großen. Von Thomas Thieme

Alles war schlimm, die Wüste ist scheiße, aber mit 110 Leuten in einem kleinen Boot übers Mittelmeer zu fahren auch.“ Diese Worte spricht Simon Zeru zwar leise, aber in beinahe einwandfreiem Deutsch. Der junge Mann ist gerade 19 Jahre alt, als er ohne Wissen seiner Familie vor einer Zukunft im Militärdienst aus Eritrea flieht. Er wird ein Dreivierteljahr lang unterwegs sein. Während dieser Flucht durchleidet er Qualen, die ihn irgendwann auch am Wert des Lebens zweifeln lassen. Drei Jahre später steht er in den Startlöchern eines neuen Lebens. Er wohnt in der Region Stuttgart, hat eine Einstiegsqualifizierung zur Vorbereitung auf eine Lehre absolviert und einen Ausbildungsvertrag bei einem Energiekonzern in der Tasche.

Der junge Eritreer ist einer von mehreren Tausend jungen Menschen, die bereits eine Chance erhielten und sie auch genutzt haben. Vor allem als Reaktion auf den starken Anstieg der Flüchtlingszuwanderung seit 2015 haben große Unternehmen im Land Programme zur Qualifizierung und Integration initiiert, oft mit Hinweis auf ihre gesellschaftliche Verantwortung gesehen. Im Zuge der Programme stellten sie zunächst ein Heer von Praktikanten ein.

Eine erste Befragung der Unternehmen, die die StZ vor Jahresfrist vorgenommen hat, kam zu dem ernüchternden Ergebnis von lediglich 18 Festanstellungen – dem standen mehr als 830 Praktikumsplätze gegenüber. Nun, ein Jahr später, sind die absoluten Zahlen zwar immer noch gering, aber sie weisen mit 157 Festanstellungen einen deutlichen Aufwärtstrend auf. Angesichts von mehr als 10 000 Mitarbeitern bei jedem der befragten Unternehmen ist dies zwar noch keine Erfolgsbilanz. Dennoch zeigen sowohl das Resultat der Umfrage als auch positive Einzelfälle, dass die Anstrengungen Früchte tragen.

Beispiele wie das des Brückenpraktikums von Daimler belegen, dass auch die Vielzahl von Praktika einen Nutzen haben – und zwar nicht nur für den Autobauer selbst. Die Stuttgarter haben zahlreichen jungen Menschen aus Afrika oder dem arabischen Raum die Möglichkeit gegeben, sich für 14 Wochen im Job zu bewähren. Daraus sind nach Angaben des Konzerns seit 2015 nicht nur 90 Festanstellungen im eigenen Haus hervorgegangen. Teilnehmer erhielten auch Jobangebote von anderen Betrieben aus dem Mittelstand und dem Handwerk sowie von Zeitarbeitsfirmen.

Kleineren Unternehmen fehlen oft die Mittel und Möglichkeiten, um eigene Programme zu starten. Doch gerade sie sind auf Zuwanderer als künftige Arbeitskräfte angewiesen. Während ein Konzern wie Bosch neue Azubis aus mehr als 20 000 Bewerbern auswählen kann, suchen manche Handwerker, aber auch kleinere Industrie- und Dienstleistungsbetriebe längst vergeblich nach ausbildungswilligem Nachwuchs.

Dabei sind die kleinen Betriebe mindestens genauso bereit, Flüchtlingen eine Chance zu geben und sie beim schwierigen Einstieg in die Arbeit zu unterstützen. Ihnen kommt es weniger auf gute Noten oder perfekte Grammatik an. Vernünftige Umgangsformen und Freude an der Arbeit mit den Händen sind da schon eher gefragt.

Was alle Betriebe gemeinsam haben, ist die nach wie vor unsichere Rechtslage. Für abgelehnte Asylbewerber (Geduldete) sollte seit Inkrafttreten des Integrationsgesetzes 2016 die sogenannte 3+2-Regelung gelten, die ihnen ein Bleiberecht für die Dauer ihrer Ausbildung und bei einer Übernahme auch darüber hinaus garantiert. Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg erweisen sich bei der Auslegung der Regelung als andere jedoch rigider: Zu oft reißen Abschiebungsbescheide Lehrlinge mitten aus ihrer Ausbildung. Die betroffenen Betriebe nehmen das grummelnd zur Kenntnis, die Kammern im Land klagen schon laut. Dass dies die Einstellungsbeurteilung nicht fördert, liegt auf der Hand.

Die Dritte Seite

Das inoffizielle Hauptquartier der deutsch-türkischen Beziehungen SEITE 3

Lokale

Nicht nur in der Wilhelma sind Pommes das Kerngeschäft SEITE 19

Kultur

Moskau verhaftet Starregisseur – die Stuttgarter Oper ist in Sorge SEITE 29



Neue Ausgabe des Gastroführers 10x10

Am Samstag erscheint „10x10 - Stuttgarts 100 beste Restaurants 2017/18“, der gemeinsame Gastroführer von Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten. 80 Adressen sind erstmals aufgenommen worden. Unter den vielen getesteten Neuheiten und Neuentdeckungen sind auch Lesertipps zu schwäbischen, italienischen oder internationalen Lokalen. Und: Rechtzeitig zum Weindorf gibt es als elfte Rubrik in dem 180 Seiten starken Buch die zehn besten Weine Stuttgarts. StZ

Lob und Tadel für Trump

US-Präsident Donald Trump hat eine Ausweitung des US-Militäreinsatzes in Afghanistan und einen rigorosen Antiterrorkampf in der Region angekündigt. Kritiker haben Zweifel am Erfolg dieser Strategie, andere begrüßen die Initiative. SEITEN 3, 7

Mehrere Attentate geplant

Nach den Anschlägen in Katalonien hat einer der Verdächtigen vor Gericht die Vorbereitung einer großen Angriffsserie gestanden. Es seien Sprengstoffanschläge auf mehrere Sehenswürdigkeiten in Barcelona geplant gewesen. SEITEN 3, 7

Kostenfalle Kontogebühr

Die Stiftung Warentest hat Girokonten unter die Lupe genommen – und kritisiert teils „absurde“ Gebühren. Die Verbraucherexperten raten den Kunden, bei mehr als 60 Euro Gebühren im Jahr zu einem günstigeren Konto zu wechseln. SEITE 11

Wetter SEITE 10

Mittwoch	Donnerstag	Freitag
28°/16°	27°/17°	29°/18°

Börse SEITEN 15, 16

- ⬆ Dax 12.229,34 Punkte (+ 1,35 %)
- ⬆ Dow Jones 21.899,89 Punkte (+ 0,90 %)
- ⬆ Euro 1,1771 Dollar (Vortag: 1,1761)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis SEITE 2



Rheintaltrasse noch bis Oktober gesperrt

Schienerverkehr Die Ursache der Gleisabsenkung bei Rastatt bleibt unklar – die Folgen sind immens. Von Thomas Faltn und Achim Wörner

Die Ausmaße der Tunnelpanne von Rastatt sind deutlich gravierender als zunächst angenommen. Bereits am Wochenende hatte es Informationen gegeben, dass die Rheintalstrecke länger gesperrt bleiben muss als zunächst angenommen. Selbst ein Termin für die Wiedereröffnung Mitte September ist nicht mehr zu halten: Wohl erst am 7. Oktober, so ließ die Deutsche Bahn AG am Dienstagmittag wissen, könne die wichtige Nord-Süd-Verbindung wieder freigegeben werden. Bis dahin müssen Güterzüge weiträumig umgeleitet werden und Passagiere längere Fahrzeiten in Kauf nehmen. In sechs-einhalb Wochen sollen die Züge dann aber wieder rollen: „Wir sind überzeugt, dass dieser Fahrplan eingehalten wird“, sagte der für Großprojekte zuständige Bahn-Vorstand Dirk Rompf in Karlsruhe.

Der Plan lautet wie folgt: Noch bis zum Wochenende wird dem Konzern zufolge ein 160 Meter langer Tunnelabschnitt vor und hinter der Unglücksstelle komplett mit Beton verfüllt. Auch die 18 Millionen Euro teure Tunnelbohrmaschine, die direkt unter dem abgesackten Gleisbereich steht, wird mit zubetoniert. Sie sei auch später nicht mehr zu retten, räumte Klaus Pöllath von der Arbeitsgemeinschaft Tunnel Rastatt ein. Vom Wochenende an sei der Tunnel gegen weitere Verschiebungen gesichert – dann können die vier Anrainerfamilien, die vorsichtshalber ausziehen mussten, nach Hause zurückkehren. Anschließend wird über dem Tunnel das Gleisbett

abgetragen und eine 120 Meter lange, 15 Meter breite Betonplatte eingezogen. Darauf kommen die neuen Schienen.

Nicht äußern wollte sich die Bahn dazu, wie es bei dem bald mit Beton verfüllten Tunnel weitergeht. Am 12. August hatte sich in einer der beiden neuen, insgesamt 4300 Meter langen Röhren ein Betonsegment verschoben. Wasser und Erdreich drangen ein, die nur fünf Meter oberhalb des Tunnels liegenden bestehenden Schienen senkten sich ab. Wie es zu dem Schaden kommen konnte, ist weiterhin unklar.

Angesichts der länger andauernden Sperrung der Rheintaltrasse wird die Kritik an der Bahn lauter. Der Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) monierte, dass es offenkundig kein Krisenszenario gebe. „Da könnte und müsste man schon vorher Risiken kalkulieren und Zwischenfälle durchspielen“, sagte der Minister, der sich an diesem Mittwoch selbst ein Bild von der Unglücksstelle machen will. Ähnlich argumentierte der Bundesvorsitzende des Verkehrsclubs Deutschland, Wasilios von Rauch: „Wenn man so eine große Baustelle hat, müsste es selbstverständlich sein, mit einem doppelten Boden zu planen.“

Die Grünen im Landtag sehen derweil Versäumnisse bei der Bundesregierung: „Es rächt sich jetzt, dass der Ausbau der Schienenwege in Baden-Württemberg viel zu lange, viel zu sehr vernachlässigt wurde“, so der Fraktionschef Andreas Schwarz. – Kommentar: Tunnelblick SEITE 3 – Gleisreparatur rund um die Uhr SEITE 28

Immer mehr Jobs für Flüchtlinge

Immer mehr Flüchtlinge im Südwesten finden eine Arbeit. Das zeigt eine Umfrage dieser Zeitung bei 25 der größten Unternehmen im Land. Fest oder befristet angestellt haben sie demnach 157 Geflüchtete (Vorjahr: 18), eine Berufsausbildung oder ein duales Studium absolvieren 146 junge Menschen (38), weitere 105 befinden sich in einer Einstiegsqualifizierung zur Vorbereitung auf eine Ausbildung (110). Deutlich höher, bei 1139 (Vorjahr: 832), liegt die Zahl der Praktikanten. Ende 2016 waren rund 24.300 Personen aus den acht häufigsten Asylherkunftsländern beschäftigt, davon 17.650 sozialversicherungspflichtig und 6.650 geringfügig beschäftigt. tht/ino

– Das Praktikum als Türöffner SEITE 13

Mohr



Jetzt auch als Spiel

In Zeiten von Fake-News zählt Vertrauen

Wie und mit welchen Inhalten können Politiker junge Menschen über Social Media erreichen? Das sind Fragen, die Studierende der Universität Hohenheim jungen Wählern unter 39 Jahren im aktuellen Bundestagswahlkampf gestellt haben. Die gute Nachricht vorneweg: Junge Menschen, denen ja gerne mal eine gewisse geistige Anspruchlosigkeit beim Surfen unterstellt wird, setzen durchaus auf Qualität. Statt niedlichem Pet-Content und Schnapsschüssen aus dem Urlaub wünschen sie sich von Politikern in den sozialen Medien Professionalität und Authentizität. Die, wenn man so möchte, schlechte Nachricht: Die jungen Wähler sind verunsichert. Das zeigt sich zum einen darin, dass die meisten von ihnen Wechselwähler sind, und zum anderen auch in der Tatsache, dass mehr als die Hälfte von ihnen in den sozialen Netzwerken weder einem bestimmten Politiker noch einer Partei folgen.

Wer sich dadurch einmal mehr in dem Vorurteil bestätigt fühlt, junge Wähler seien politikverdrossen, dem würden die Befragten widersprechen: Nur 14 Prozent gaben an, kein Inte-

Studie Junge Wähler achten auch in sozialen Medien auf Qualität. Von Nadine Funck

resse an Politik zu haben. Das mag auch daran liegen, dass der Großteil der Befragten mindestens das Abitur als Bildungsabschluss hat. Ein repräsentativer Anspruch wird mit der Studie aber allein deshalb schon nicht erhoben, weil für sie nur 289 Personen befragt worden sind.

Einigermaßen eindeutig ist hingegen die Erkenntnis, dass das Internet für 80 Prozent der jungen Wähler das Informationsmedium Nummer eins ist – obwohl viele der Befragten gleichzeitig angaben, in Zeiten von Fake-News kein Vertrauen in Informationen zu haben, die sie über die sozialen Netzwerke erhalten. Genau hier müssten die Politiker ansetzen, um ihren jungen Wählern mehr Sicherheit zu geben. Das Problem: Dazu müssten die Bundestagskandidaten selbst sicherer im Umgang mit den neuen Medien sein. „Warum kann man anstelle der aufwendigen Plakatkampagnen nicht auf Erklärvideos setzen?“, moniert Iris Pöschl, die als Lehrstuhlleiterin die Studie begleitet hat. Dadurch könnte nicht nur der Wunsch der jungen Leute nach Fakten und Erklärungen erfüllt, sondern auch eine gewisse Nähe geschaffen werden.